

Präsidentin Stark:

Wir danken Ihnen. - Zu uns spricht nun für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Hoffmann. (Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Nett!)

Hoffmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dannenberg, ich kann Sie beruhigen: Ich kann gar nicht anders als nett sein.

(Lachen DIE LINKE - Domres [DIE LINKE]: Das stimmt!)

Heute fällt mir das sogar relativ leicht; denn auf den heutigen Tag haben viele Erzieherinnen und Erzieher, aber auch viele Eltern im Land lange gewartet. Wir werden gleich ein Gesetz beschließen, mit dem der Personalschlüssel verbessert und die Einstellung von zunächst 400 und dann noch einmal 500 Erzieherinnen und Erziehern ermöglicht wird. Ich sage dazu: Dies geschieht nach langem Warten und - auch das sage ich - auf massiven Druck der Opposition.

(Ness [SPD]: Ja, ja, ja!)

Wir wurden nicht müde, das immer wieder hier zu fordern. Sie wurden zunächst nicht müde, immer wieder zu erklären, warum das nicht geht, was Sie jetzt doch machen. Gut ist das!

Die Vertreter der Wohlfahrtsverbände haben uns im Ausschuss eindrucksvoll vorgerechnet, dass diese 900 zusätzlichen Stellen vor Ort sehr willkommen sind, dass sie allerdings nicht ausreichen werden, weil diese Aufstockung noch lange nicht überall zu kleineren Gruppen führen wird. Mit anderen Worten: Wir sind damit noch lange nicht am Ende des Weges angekommen. Das sollten wir nicht vergessen.

Ein weiterer Punkt neben den zusätzlichen Stellen ist die Möglichkeit, Kitabeiräte einzurichten. Wir begrüßen das ausdrücklich, weil das Engagement der aktiven Kitainitiative zeigt, wie viele Eltern bereit und willens sind, sich zu engagieren, sich einzubringen. Sie sind bereit, Energie zu investieren. Ich finde es gut, dass wir Ihnen dies künftig mehr ermöglichen werden.

Die Grünen haben darüber hinaus gefordert, bei der Essensversorgung die DGE-Standards einzuhalten. Frau Koß, ich kann nicht verstehen, dass Sie sagen: Das lehnen wir ab, weil es schon Kitas gibt, die diese Standards berücksichtigen. Ich finde, gerade das müsste für uns ein Beleg dafür sein, dass es möglich ist, diese Standards zu berücksichtigen. Das sollte für uns Ansporn sein, dafür zu sorgen, dass diese Standards in allen Kitas angewendet werden. Wir finden das richtig. Deshalb werden wir zustimmen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die Beratungen im Ausschuss haben noch ein anderes altes Thema auf die Tagesordnung gebracht. Ausnahmslos alle Anzuhörenden waren sich einig, dass wir bei der Kitafinanzierung in unserem Land immer stärker in eine Sackgasse geraten. Das haben die Vertreter der Wohlfahrtsverbände bzw. der beteiligten Kanzlei und - wenn auch unter anderen Vorzeichen -

die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände gesagt. Tatsächlich nimmt sich der Gesetzentwurf Teile der Kitafinanzierung vor.

Die Bilanz fällt meiner Meinung nach gemischt aus: Der neu gefasste § 16 Abs. 3 Kindertagesstättengesetz stellt jetzt klar, dass die Fehlbedarfsfinanzierung dann greift, wenn eine Kita nicht dem Gesetz entsprechend betrieben werden kann. Man sollte eigentlich denken, dass das eine Selbstverständlichkeit ist. Zum Teil wurde erklärt, dass bereits die jetzige Auslegung so zu verstehen ist. Trotzdem, wenn es den Trägern hilft, hier für Klarheit zu sorgen, dann machen wir das gerne mit.

Gleichzeitig sollten wir, wie ich finde, den Mut haben, über solch kleinteilige Veränderungen bei der Kitafinanzierung hinauszudenken, also über den Tellerrand zu gucken. Ich muss ganz ehrlich sagen: Die derzeitige Kitafinanzierung erweist sich immer wieder als Stolperstein auf dem Weg zu einer guten Kitaqualität.

(Beifall der Abgeordneten von Halem [B90/GRÜNE])

Da muss man ehrlich sein: Die Konnexitätsregel, wie wir sie in diesem Land haben und verstehen, erweist sich dabei nicht immer als hilfreich.

Ich will das ruhig noch einmal zuspitzen: Wir haben ja über die Einführung der Kitabeiräte diskutiert. Ein Argument, das abzulehnen - auch vonseiten der kommunalen Spitzenverbände - war, dass wir das wegen der Konnexität nicht machen können. Wenn wir solche Beiräte nicht einrichten können, weil die Konnexität schließlich dazu führt, dass die Kommunen umständlich beantragen müssen, dass ihnen die Portokosten für das Verschicken der Einladungen erstattet werden, dann geht das zu weit.

(Vereinzelt Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Andere Bundesländer lösen die Konnexitätsfrage konstruktiver. Dort gibt es Konnexitätsausführungsgesetze, -kommissionen oder -prozeduren, die alle Beteiligten an einen Tisch holen. So etwas fehlt uns in Brandenburg. Aber, meine Damen und Herren, wir stehen ja erst am Anfang dieser Legislaturperiode, und ich hoffe, dass Sie sich die kommenden vier Jahre nicht auf dem ausruhen wollen, was wir heute hier gemeinsam beschließen, sondern Sie sich tatsächlich vornehmen, hier den Mut nicht zu verlieren und einen größeren Schritt zu machen. Auch sollten Sie, Herr Baaske, vielleicht noch einmal alle Verantwortlichen an einen Tisch holen und wir versuchen, ein Stück weiter zu denken und dies ein wenig zukunftsfähiger zu machen.

Dazu gehört aber auch, dass wir noch einmal über die Weiterleitung der Bundesmittel bei den Betriebskostenzuschüssen an die Kitas diskutieren, wo der Landeshaushalt noch immer die Weiterleitung von 85 Millionen Euro an die Kommunen schuldig geblieben ist.

Der vorliegende Gesetzentwurf hat in der 1. Lesung ein einstimmiges Ergebnis erzielt. So viel Einmütigkeit erlebt man in diesem Haus relativ selten. Diese Einmütigkeit bietet auch die Chance für eine umfassende Lösung - eine Lösung, die für mehr Klarheit sorgt. Dafür brauchen wir allerdings etwas, wofür Sie bislang noch nicht sonderlich bekannt sind, nämlich den Mut und die Kraft für große Lösungen. Aber wir sind gern bereit, daran mitzuwirken, und bieten Ihnen unsere konstruktive Zusammenarbeit an. - Danke.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)